

Das Ende der Endlagerkommission

geschrieben von Lüdecke | 10. Juni 2016

Institut für Festkörper-Kernphysik gGmbH Institute for Solid-State
Nuclear Physics

Gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung der Forschung IFK mit
beschränkter Haftung, Geschäftsführer/CEO: A. Huke, Amtsgericht Berlin-
Charlottenburg, HRB 121252 B, Leistikowstraße 2, 14050 Berlin, Germany
kontakt@festkoerper-kernphysik.de

Allgemeines zur Endlagerkommission

Ende dieses Monats muss die "Kommission Lagerung hoch radioaktiver
Abfallstoffe" zu einem Ende kommen – eine Verlängerung gibt es nicht.
Nach über 2 Jahren Diskussionen des 32-köpfigen (plus 2 Vorsitzende) vom
Deutschen Bundestag und Bundesrat eingesetzten Gremiums muss nun Ende
Juni ein Abschlussbericht vorgelegt werden. In diesem Bericht sollen
Handlungsempfehlungen
für Bund und Länder vorgelegt werden, wie mit der nuklearen Altlast nach
dem angeblichen "Konsens" zum Atomausstieg weiter zu verfahren ist.

Acht der Kommissionsmitglieder sind Vertreter der Wissenschaft, weitere
acht Vertreter gesellschaftlicher Gruppen. Nur diese 16 Mitglieder sind
stimmberechtigt. Die übrigen 16 sind Politiker aus Bund und Ländern. Sie
dürfen nur mitreden und Texte vorschlagen, aber nicht abstimmen.
Lediglich ein Viertel der Mitglieder, davon zwei Juristen, hat also
überhaupt theoretisch die Kompetenz, etwas Fachliches zu dieser Thematik
beizutragen.

Die Kommission gibt sich transparent und bürgernah. Am 29. und 30. April
2016 fand in Berlin die »Konsultation Endlagerbericht im Entwurf« statt,
an der sich jeder beteiligen konnte. (Gedeckelte) Reise- und
Unterbringungskosten wurden erstattet, und man musste während der
ganztätigen Diskussionen auch nicht hungern. Einen Eindruck von der
Veranstaltung erhält man durch einen Videobericht.

Dennoch: Wirklich Neues hat die Kommission nicht hervorgebracht. Zum
Beispiel »überraschte« sie kürzlich mit der Feststellung, dass sich die
Endlagerung bis weit in das nächste Jahrhundert hinziehen werde.
Unterirdische Gesteinsformationen, insbesondere Steinsalz, seien für die
Endlagerung besonders gut geeignet. Letzteres wurde bereits vor
Jahrzehnten von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in
ausführlichen Gutachten festgestellt. Auf der einen Seite wagt die
Kommission locker Vorhersagen über die technische Entwicklung in den
nächsten 120 Jahren, auf der anderen Seite klammert sie sich an
Jahrzehnte alte Erkenntnisse und ignoriert in Teilen den Stand der
Technik.

Partitionierung und Transmutation

Dass man den Stand der Technik ignoriert, wird besonders an Kapitel 5.4.2, Teil B, (S.128) des vorläufigen Endlagerberichts deutlich, welches sich mit dem Thema "Partitionierung und Transmutation" (PuT) auseinandersetzt. Bei Partitionierung handelt es sich um eine Art Abfalltrennung, der Auftrennung der nuklearen Reststoffe nach unterschiedlich zu behandelnden Komponenten. Dies allein reduziert bereits die Größe eines geologischen Endlagers beträchtlich. Anschließend können die langlebigen Komponenten durch Neutronenbeschuss in einem Reaktor in kurzlebige Stoffe transmutiert werden.

Einen Sachstandsbericht zu PuT gab es bereits schon einmal vor rund 6 Jahren bei EIKE (hier). Dabei ist anzumerken, dass für Transmutation auch hier auf beschleunigerbetriebene Systeme (ADS) wie MYRRHA zurückgegriffen wird. Wie die IFK-Autoren aber anmerken, gibt es weit effizientere Methoden der Transmutation.

Theoretisch könnte mit PuT ein geologisches Endlager vollständig entfallen, und mit geeigneter Technik könnte dies sogar kostenneutral und sicher gestaltet werden. Das Fazit im vorläufigen Endlagerbericht klingt jedoch ganz anders:

Die Nutzung einer P&T Strategie erfordert für die kommenden Jahrhunderte stabile staatliche Verhältnisse inklusive einer entsprechenden Infrastruktur für Wissenserhalt, Ausbildung, Betrieb, Forschung und Entwicklung. Damit würde eine P&T-Strategie die Verantwortung für Behandlung und Endlagerung der hoch radioaktiven Abfälle weitgehend auf die zukünftigen Generationen verlagern.

Eine Entscheidung für die Umsetzung von P&T würde eine entsprechende Akzeptanz der Bevölkerung voraussetzen, die aufgrund der erforderlichen Zeitdauern für die technische Verwirklichung auch von zukünftigen Generationen getragen werden müsste. Der heutige gesellschaftliche Konsens zum Verzicht auf die Kernenergienutzung in Deutschland müsste aufgehoben werden. Die rechtlichen Rahmenbedingungen im Atomgesetz müssten angepasst und untergeordnete Regelwerke geschaffen werden, um die mit einer P&T-Strategie verbundene großtechnische Plutoniumnutzung in dem oben beschriebenen technologischen Ausmaß zu ermöglichen. Des Weiteren wäre eine Verständigung bezüglich der Finanzierung erforderlich, sowohl im Hinblick auf eine zügige Entwicklung als auch auf eine spätere Umsetzung der Technologien. Selbst eine wie auch immer geartete Beteiligung europäischer Partnerländer wäre mit erheblichen politischen, gesellschaftlichen und regulatorischen Anpassungen verbunden. Im europäischen Raum werden bisher nur in Frankreich und durch die EURATOM konkrete Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten verfolgt.

Einige Mitglieder des Berliner Instituts für Festkörper-Kernphysik (IFK) waren bei der "Konsultation Endlagerbericht im Entwurf" anwesend und konnten einige Kommissionsmitglieder auf diese mangelhafte, auf veralteter Technik beruhende und somit viel zu pessimistische Darstellung hinweisen. Immerhin betrifft ein mögliches Wegfallen eines geologischen Endlagers den Kernbereich der Endlagerkommission. Dies stieß durchaus auf Interesse, führte aber zu keinen Konsequenzen. Daraufhin erstellten die IFK-Mitglieder eine schriftliche Begründung und stellten diese vor 3 Wochen über das Zuschriftenformular mit der Option der Veröffentlichung der Kommission zu.

Nichts geschah, keine Antwort und auch keine Veröffentlichung, nur eine Eingangsbestätigung.

Am 6. Juni schließlich wurden die Kommission sowie einige einzelne Mitglieder offiziell angeschrieben und wegen der drängenden Zeit vom IFK gleich ein Erstatttext für Abschnitt 5.4.2 erstellt, der tatsächlich dem Stand von Wissenschaft und Technik entspricht. Bis heute gab es keine Reaktion der Kommission.

Da die Kommission sowohl mit der Korrektur von Texten als auch mit der Veröffentlichung offensichtlich überfordert ist, holen wir dies hiermit nach. Der vom IFK neu erstellte Text befindet sich als PDF im Anhang und kommt zu einem ganz anderen Fazit:

Die für Partitionierung und Transmutation benötigten Zeiträume liegen bei Anwendung aktueller Technologien unter jenen, die momentan für die Endlagerung abzusehen sind. Die dafür erforderlichen Anlagen existieren oder existierten und haben nur wenige Jahre Entwicklung benötigt. Mit den heutigen stark verbesserten Möglichkeiten der Material- und Fertigungstechnik können derartige Anlagen erneut und besser gebaut werden. Während ein Endlager nur Kosten verursacht, besteht bei PuT-Anlagen die Möglichkeit, den kompletten Investitionsbedarf wieder einzuspielen.

Die kürzlich erschienene Acatech-Studie beschäftigt sich ausführlich mit der PuT-Thematik und kommt im Schluss auf die Möglichkeit einer deutlichen Reduzierung der Endlagergröße. Dabei werden jedoch weder moderne Methoden der Stofftrennung noch moderne Reaktortypen berücksichtigt. Tut man dies, ist eine deutliche Kosten- und Zeitreduzierung zu erwarten, ein Endlager könnte möglicherweise sogar gänzlich entfallen. Diese Kritikpunkte werden z.Zt. in einer vom BMWi beauftragten Ergänzungsstudie über neue Partitionierungstechniken aufgegriffen, ergänzt und richtiggestellt.

Ein vollständiges PuT-Szenario kann in ca. 60 Jahren umgesetzt und oder abgeschlossen werden, benötigt lediglich 2 Reaktorblöcke, keine umfangreichen Nukleartransporte, kann proliferations- und konfliktsicher gestaltet werden und könnte ein geologisches Endlager obsolet machen. Im Vergleich dazu müssen mehr als 10 000 Tonnen ohne PuT endgelagert

werden. Diese Alternativoption sollte daher durch ein entsprechendes F&E-Programm zügig in Gang gesetzt werden.

Die Leser dieses Artikels sind herzlich aufgefordert, bei der Kommission nachzufragen, was aus dieser Zuschrift geworden ist, wann mit einer fundierten Antwort zu rechnen ist, und warum es zu einer derartigen Fehleinschätzung zum Thema PuT kommen konnte, wo doch sogar ein technischer Chemiker in der Kommission sitzt.

- Email-Adresse der Kommission:
<mailto:kommission.endlagerung@bundestag.de>
- Webseite der Kommission: <https://www.bundestag.de/endlager>
- Seite für öffentliche Zuschriften:
<https://www.bundestag.de/endlager/buergerbeteiligung/zuschriftenformular>

Anmerkung der EIKE-Redaktion

Die hier von Dr. Ruprecht geschilderten Verhältnisse sind für den derzeitigen Zustand der Bundesrepublik charakteristisch. Bürgerbeteiligungen sind in aller Regel Etikettenschwindel. Es sind Beruhigungsmaßnahmen, die demokratische Verhältnisse lediglich vortäuschen. Ein echtes Einbeziehen des Volkswillens ist nicht gewollt. Dann nämlich würde es längst Volksabstimmungen zu so wichtigen Fragen wie Zuwanderung, Energiewende und Weiterbetrieb der deutschen Kernkraftwerke geben – die Schweiz macht es uns vor. Echte Demokratie

kann es in einem Land nicht mehr geben, dessen aktuelle Regierung ohne wirkungsvolle Opposition immer mehr der abnickenden Volkskammer in der ehemaligen DDR ähnelt.

Wir ermuntern daher ausdrücklich unsere Leser, der Aufforderung von Dr. Ruprecht zu folgen. Ein paar Hundert Zuschriften sollten es schon mindestens sein, also keine Scheu bitte! Nützen wird es nichts, aber steter Tropfen höhlt auch den Stein.

Der Energiewendewahnsinn, mit Vernichtung der deutschen KKW-Technik als wichtigstem Baustein, wird nämlich zuverlässig so lange weitergehen bis die sprichwörtliche Karre an der Wand klebt – zerbröselt. Dann haben die Veranlasser der Aktion "Energiewende" ihr ideologisches Ziel der Zerstörung einer ehemals weltweit vorbildlichen Energie-

Infrastruktur (und damit der deutschen Industrie selber) endlich erreicht. Die Welt wird es uns danken, haben wir doch schließlich das Klima gerettet und den anderen großen Industrienationen einen lästigen Konkurrenten vom Hals geschafft.

Related Files

- endlager-kommission_put-ifk-1-pdf**